

Dringlichkeitsantrag

des Klubobmanns Dominik Oberhofer und Landtagsabgeordneten Andreas Leitgeb betreffend:

Upload-Filter sind Gift für die Meinungsfreiheit

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Landeshauptmann sowie die Landtagspräsidentin, als Mitglieder im Ausschuss der Regionen (AdR), werden ersucht, sich im AdR mit allem Nachdruck dafür stark zu machen, dass die Artikel 11 und Artikel 13 zur Neuregelung des EU-Urheberrechts, wodurch Upload-Filter die Meinungsfreiheit im Internet gefährden, aus dem Gesetzestext gestrichen werden bzw. dass der Prozess zur Urheberrechtsreform neugestartet wird.

Zudem wird die Landesregierung ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und sich im EU-Rat gegen Upload-Filter stark machen und sich für einen Neustart des Reformprozesses einzusetzen.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Föderalismus und europäische Integration

Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten

Begründung

Die Einigung zwischen den EU-Staaten, dem Europäischen Parlament und der Kommission zur Neuregelung des EU-Urheberrechts enthält weiterhin die umstrittenen Artikel 11 und 13, welche durch die Upload-Filter die Meinungsfreiheit im Internet gefährden. Artikel 13 der Richtlinie verlangt, dass jeder Betreiber einer kommerziellen Plattform, über die Inhalte in größerer Menge geteilt werden, mit den Rechteinhaber_innen eine Lizenzvereinbarung schließt. Ein solcher Betreiber, zum Beispiel YouTube, muss aber auch dafür sorgen, dass keine nicht-lizenzierten

Inhalte auf seine Seite gelangen. Andernfalls haftet er für die Urheberrechtsverletzung seiner Nutzer_innen selbst. Um Rechtssicherheit zu erlangen, werden Onlineplattformen derart strenge Upload-Filter einsetzen, die auch legale Inhalte blockieren werden. Dies hat wiederum zur Folge, dass bspw. Zitate oder Satire nicht erkannt und auch der Rechteinhaber nicht zweifelsfrei identifiziert werden kann. Das bedeutet eine massive Einschränkung der Kreativität, denn auch Parodien, Filmkritiken, „Let's Play“-Videos oder Memes, welche urheberrechtlich geschütztes Material verwenden, werden in diesen Filtern hängen bleiben. Diese Filterung betrifft nicht nur große Anbieter wie YouTube oder Vimeo, sondern auch Koch-Websites, Datingportale oder kleinere Foren sowie einzelne YouTuber aus Tirol. Solche Uploadfilter haben auch auf Nutzer_innen aus Tirol massive Auswirkungen: Wenn bspw. ein Tiroler oder eine Tirolerin Urlaubsvideo von der Strandpromenade auf eine Plattform hochladen will und im Hintergrund ein Musikstück zu hören ist, welches in einer Bar am Strand gespielt wurde, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass dieses Video gefiltert wird. Das gleiche gilt, wenn Urlauber_innen ein Video posten, das den Standort Tirol bewirbt, im Hintergrund aber Après-Ski-Musik zu hören ist. Diese Videos werden nicht veröffentlicht, wenn die Plattform keine entsprechende Lizenz für die Hintergrundmusik hat. Das freie Internet ist damit in Gefahr.

Die **Dringlichkeit des Antrags** begründet sich in der Tatsache, dass die finale Abstimmung über die EU-Urheberrechtsnovelle in Kürze im Europäischen Parlament stattfindet.



Innsbruck, am 21. März 2019